

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Buchhandlung und die Druckerei die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise sind für den ersten Tag und für den ersten Absatz. — Preis pro Zeile 10 Pf. — Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise sind für den ersten Tag und für den ersten Absatz. — Preis pro Zeile 10 Pf.

Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise sind für den ersten Tag und für den ersten Absatz. — Preis pro Zeile 10 Pf. — Anzeigenpreis: Die Rubrikpreise sind für den ersten Tag und für den ersten Absatz. — Preis pro Zeile 10 Pf.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 234

Mittwoch, den 5. Oktober 1932

27. Jahrgang

Die Reichsregierung und die Streifflage

Keine besonderen Maßnahmen geplant

Berlin, 3. Oktober. In der Öffentlichkeit sind Gerüchte verbreitet, wonach der Arbeitsminister beabsichtigt, der Streikbewegung durch eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer entgegen zu wirken. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist eine besondere Aktion nicht geplant. Selbstverständlich hat der Herr Reichsarbeitsminister die Entwicklung bisher nicht einfach zugehört. Es haben vielmehr gerade in der letzten Woche zahlreiche Besprechungen mit Vertretern sowohl der Unternehmer als auch der Gewerkschaften stattgefunden. Einige Gewerkschaftsvertreter sind auch vom Reichsanwalt empfangen worden. Bei den Gewerkschaften selbst ist die Rechtsauffassung keineswegs einheitlich. Während die freien Gewerkschaften die Rechtsgültigkeit der Rotverordnungen anerkennen, vertreten die Christlichen Gewerkschaften bisher den Standpunkt, daß sie sachlich zwar gegen die Rotverordnung seien. Nach ihm sie aber einmal vorliege, müsse sie auch ordnungsgemäß durchgeführt werden. Ueber irgendwelche Rechtszweifel würde auch eine Konferenz der beteiligten Kreise schließlich keine Klarheit bringen können. Sie ist nur durch Entscheidung des Arbeitsgerichts möglich. Bisher hat man in juristischen Kreisen den Eindruck, daß keine Partei große Regung hat, das Arbeitsgericht anzugreifen. Es ist aber möglich, daß eine solche gerichtliche Klärung nun doch in der nächsten Zeit im Zusammenhang mit der Lage im Rheinland erfolgt.

Eine Aktion des Reichsarbeitsministers ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil nach den letzten Meldungen keineswegs eine Verschärfung der Lage eingetreten ist. Man darf nicht übersehen, daß weder der Hamburger Verkehrsstreik noch der Berliner Verkehrsarbeiter mit der Rotverordnung irgendwas zu tun hat. Uebrigens hat sich auch das Kabinett bereits am Freitag mit diesen Dingen beschäftigt. Es ist aber zu dem Entschluß gekommen, die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten. Sollte sie zu einer Verschärfung führen, so würde die Regierung natürlich erneut Stellung nehmen. Im Augenblick aber sind keine besonderen Maßnahmen geplant. Deshalb entfallen auch die Gerüchte, die von einer besonderen Streikverordnung wissen wollen.

Berklärte Arbeitsbeschaffung?

Berlin, 3. Oktober. Das Reichskabinett wird Mitte der Woche wieder zusammentreten, um die Frage der

Einarbeitung des Finanzierungsplanes des Bundesrats a. D. Dr. Geyer in den Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung zu beantworten. Es handelt sich dabei bekanntlich um eine starke Kreditausweitung. Voraussichtlich wird dieser Plan teilweise Verwendung im Programm der Reichsregierung finden. Inzwischen wird er in den Abteilungen durchgearbeitet.

Bergarbeiter zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Böhmum, 3. Oktober. Die Reichskonferenz des Bergbauindustriellenverbandes beschäftigte sich heute mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Das Mitglied des Hauptvorstandes, Martini, wandte sich mit aller Schärfe gegen den sozialpolitischen Teil der Verordnung und gab zu bedenken, daß der Plan der Regierung mißlingen müsse, wenn die allmähliche Besserung der Wirtschaftslage, mit der die Regierung rechne, nicht eintrete.

Ende des Berliner Transportarbeiterstreikes

Berlin, 3. Oktober. Der Streik der Berliner Transportarbeiter steht unmittelbar vor der Beilegung. Die Schlichterkammer ist heute mittag zusammentreten und hat einen Schiedsspruch gefällt, der von den Beistimmern einstimmig angenommen wurde. Man kann damit rechnen, daß sich beide Parteien diesem Schiedsspruch unterwerfen, so daß die Umzugsarbeiten morgen früh wieder beginnen kann. Der Schiedsspruch sieht vor, daß die Geltungsdauer des bisherigen Mandatarbeitervertrages und des Lohnabkommens bis 28. Februar 1933 verlängert wird.

Neueinstellungen auf Grund der Rotverordnung

Berlin, 3. Oktober. Nach dem Bericht des Schlichters für den Bezirk Westdeutschland sind seit dem 25. September bis einschließlich 1. Oktober 1932 auf Grund der Rotverordnung von 5. September rund 1700 Arbeiter und Angestellte neu eingestellt worden. Die Neueinstellungen sind hauptsächlich erfolgt in der Textilindustrie, dem Metallgewerbe und bei dem Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. — Im Schlichterbezirk Schlesien sind bis zum 1. Oktober 1932 in 54 Betrieben rund 1600 Neueinstellungen erfolgt. — In der Provinz Ostpreußen ist im August eine Reihe von Neueinstellungen vorgenommen worden.

Bisher eine Bestätigung dieses Pariser Gerüchtes nicht zu erhalten.

Auch an die deutsche Regierung ist ein derartiger Plan bisher noch nicht herangezogen worden. In Berliner Kreisen steht man im übrigen derartigen Absichten skeptisch gegenüber.

Irak wird Völkerbundmitglied

Polen kommt wieder in den Rat

Genf, 3. Oktober. Die Völkerversammlung des Völkerbundes hat am Montag einstimmig das Königreich Irak als ständigen Mitgliedsstaat in den Völkerbund aufgenommen. Damit erfüllt zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes ein Mandatsgebiet. Jedoch bestritt sich in unterrichteten Kreisen die Aberein stimmende Auffassung, daß von einer völligen Unabhängigkeit des Irak auch nach Aufnahme in den Völkerbund und dem Erlischen des englischen Mandats nicht die Rede sein könne.

Ferner hat die Völkerversammlung in geheimer namentlicher Abstimmung Polen das Recht der Wiederwählbarkeit in den Völkerbundsrat erteilt. Von 51 abgegebenen Stimmen stimmten 41 Staaten für Polen, sechs dagegen, vier enthielten sich der Stimme. Es besteht somit kein Zweifel mehr, daß Polen von neuem in den Völkerbundsrat gewählt werden wird.

Aufstand in Brasilien zusammengebrochen

Rio de Janeiro, 3. Oktober. Am Sonntag erfolgte die endgültige und bedingungslose Uebergabe der Aufständischen von Sao Paulo. Die Regierung verkündete sofort einen neuen Waffenstillstand. Die den Aufständischen auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind: Uebergabe der Waffen, Befreiung der politischen Gefangenen, Freigabe der im Hafen von Santos festgehaltenen Schiffe und Zurückziehung der Truppen. Die Friedensverhandlungen werden ohne Zögern eröffnet werden.

Das Geheimnis des 13. August

Herr Dr. Goebbels hat in seinem Hindenburg-Artikel, den er zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten schrieb, noch einmal bestritten, daß Hitler am 13. August die „ganze Macht“ für sich verlangt habe. Die Stahlhelm-Zeitung, das offizielle Organ des Bundes deutscher Frontsoldaten, geht in einem Artikel ihrer Hindenburg-Nummer ebenfalls noch einmal auf die Vorgänge im August zurück und schreibt wörtlich:

„Herr Hitler hat in den Verhandlungen, die Mitte August mit den Beauftragten des Reichspräsidenten stattgefunden haben, nicht nur den Reichsanwaltsposten für sich verlangt, sondern darüber hinaus, sozusagen als Vorleistung gefordert, daß ihm vor der Amtübernahme drei Tage lang die Strafe (unter Zurückziehung der staatlichen Machtmittel) für seine SW. freigegeben würde. Die „Eroberung der Macht“, zu der er sich nicht fähig fühlte, sollte also wenigstens unter freundlicher Hilfsstellung des Reichspräsidenten markiert werden. Ungeachtet dieser Tatsache, die, wie wir ausdrücklich feststellen möchten, durch kein Dementi aus der Welt zu schaffen ist, nimmt sich der vom „Angriff“ für die Nationalsozialisten in Anspruch genommene Wahlspruch „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“ eingermessen seltsam aus. Uns scheint, es hätten einige andere sterben müssen, wenn Herr Hitler Deutschland hätte regieren dürfen.“

Wir geben diese Ausführungen der Stahlhelmzeitung Nr. 39 vom 2. Oktober 1932 wörtlich ohne jede Veränderung wieder. Da das Organ des „Stahlhelm“ ausdrücklich erklärt, daß es sich um eine „Tatsache handelt, die durch kein Dementi aus der Welt zu schaffen ist“, enthalten wir uns jedes eigenen Kommentars. Die Entfaltung des Stahlhelms erzählt unter diesen Umständen jedem, der lesen und denken kann, genug.

Wahlende Wahlergebnisse

Gemeinderatswahlen in Köppelsdorf in Thüringen

Sonneberg, 3. Oktober. Obwohl im Dezember in Thüringen allgemeine Gemeinderatswahlen stattfinden, mußte am Sonntag in der Gemeinde Köppelsdorf bei Sonneberg der Gemeinderat neu gewählt werden, da der alte wegen Differenzen mit dem Staatsbeauftragten aufgelöst worden war. Die Wahlen erfolgten bei sehr schwacher Beteiligung und es wurden abgegeben für die Nationalsozialisten 492 (822 bei den letzten Reichstagswahlen), Bürgerliche 215 (116), SPD. 262 (450), KPD. 643 (846).

Stadtverordnetenwahlen in Stalupönen

Stalupönen, 3. Oktober. Die gestrigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung ergab folgende Zahlen: Kommunisten 620 Stimmen (Vergleichszahlen bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932: 503 Stimmen), Sozialdemokraten 200 (482), Wirtschaftliche Einheitsliste (Bürgerliche Mittelparteien) 653 Stimmen (382), Nationalsozialisten 1262 (2199) Stimmen.

Der Segenswunsch der Kirche für Hindenburg

Berlin, 3. Oktober. Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und des Evangelischen Oberkirchenrates der Altpreussischen Kirche D. Dr. Kapler hat dem Reichspräsidenten zu seinem 85. Geburtstag das folgende Telegramm gesandt: „Dem hohen Führer des Reiches, der in unerschütterlichem Gottvertrauen und in restloser Hingabe all seine Kraft dem Dienste unseres Vaterlandes opfert, bringen zum Beginn des neuen Lebensjahres die im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen, in Sonderheit auch die evangelische Kirche der Altpreussischen Union als Heimatkirche des Reichspräsidenten, in unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung ihre innigsten Segenswünsche fürbittend dar.“

Abwehrmaßnahmen gegen die italienische Devisenregelung

Berlin, 3. Oktober. Die italienische Regierung hat am Sonnabend eine neue Devisenregelung in Kraft gesetzt, die als gegen Deutschland gerichtet angesehen werden muß. Die Bestimmungen der neuen italienischen Devisenverordnung sind bedeutend ungünstiger für Deutschland als die, die Deutschland für seinen Devisenverkehr mit anderen Ländern getroffen hat. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, werden deutscherseits Gegenmaßnahmen erfolgen. Nach der ganzen Devisen- und wirtschaftspolitischen Situation ist es für Deutsch-

Der Auswärtige Ausschuss einberufen

Berlin, 3. Oktober. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Dr. Fric (Nassau), für Dienstag, den 11. Oktober, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Danziger Verhandlungen.

Regierung erscheint nicht

Berlin, 3. Oktober. Wie das Nachrichtenbüro des SPD. erzählt, hat vor der Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ein Briefwechsel zwischen dem Ausschussvorsitzenden Dr. Fric und dem Reichsaußenminister stattgefunden. Dr. Fric hat dem Minister seine Absicht mitgeteilt, den Ausschuss für den 11. Oktober einzuberufen und gefragt, ob der Minister bereit sei in der Ausschusssitzung zu erscheinen. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat darauf geantwortet: „Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, solange nicht die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist. Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergehen darauf hinweisen, daß die Völkerbundversammlung voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, so daß vorausgesetzt, daß die prinzipielle Frage geregelt wird, die Heraushebung des Termins zu empfehlen wäre.“ Dr. Fric hat daraufhin, wie bereits mitgeteilt, den Ausschuss trotzdem auf den 11. Oktober einberufen.

Eine Biererkonferenz?

Die Bemerkungen MacDonalds

London, 3. Oktober. Der Pariser Korrespondent der Morning Post berichtet das Gerücht, daß MacDonald Frankreich, Italien und Deutschland einladen werde, gemeinsam mit der britischen Regierung die Abrüstungsfrage zu besprechen. In Londoner politischen Kreisen war